



Staats- und  
Universitätsbibliothek  
Bremen

# **Staats- und Universitätsbibliothek Bremen**

**DFG Projekt Die Grenzboten**


## **Die Grenzboten**

**Berlin u.a., 1841 - 1922**

Neue Bücher

**urn:nbn:de:gbv:46:1-908**

hang mit den soeben behandelten Problemen stehend nur eben angedeutet, auf ihre Lösung wird noch viel Mühe verwandt werden müssen.

Das Alte stürzt, es ändert sich die Zeit. . . Man hat angesichts der jüngsten Ereignisse gesagt, das Werk Bismarcks sei im Abbruch begriffen. Ja, machen wir uns die Dinge klar ohne Sentimentalität, aber auch ohne frivolen Leichtsin! Unser Heroenzeitalter ist vorüber. Das Haus, das sich ein Genie zum Wohnen und Walten einrichtete, bedarf eines Umbaus, nachdem neue Besitzer eingezogen sind. Die Verfassung des „kurzlebigen Militärstaates“, wie Miquel sie bei ihrem Entstehen genannt hat, muß sich nach einem halben Jahrhundert den Bedürfnissen einer veränderten Welt anpassen. Auch in der auswärtigen Politik haben wir über Bismarck hinaus schauen gelernt. Kein redlicher Mann wird deswegen sich über den Meister erhaben dünken, kein Geschichtsschreiber es, wie man tendenziös behauptet, wagen, die ganze Bismarcksche Epoche nur als einen großen Irrtum zu erklären. Aber niemand vermag auch dem Rade der Geschichte in die Speichen zu fallen, wenn heute abermals ein „altes“ Preußen von einer Stein-Hardenbergischen Reformzeit abgelöst wird. 



## Neue Bücher

Hervorragende Vertreter der deutschen Philosophie betrachten sich als Anhänger und Fortbildner der Lehre Kants. Nachdem 50 Jahre lang in zahllosen Büchern über ihren wissenschaftlichen Gehalt gestritten worden ist, dringt mehr und mehr die — längst von einzelnen Forschern verkündete — Auffassung durch, welche die eigentliche Absicht Kants in der Aufdeckung nicht der psychologischen, sondern der logischen Grundlagen aller gegenständlichen Erkenntnis erblickt, daher in der Begründung von Sinn, Geltung, Bedeutung, Rechtsanspruch, nicht aber von Sein und Entstehung, in der Lösung von axiologischen, nicht von ontischen und genetischen Problemen sieht. Diese transzendentalphilosophische, kritische Auslegung allein läßt Kants Philosophie als wahrhaft originale, von einem großen Gedanken getragene Leistung erscheinen, für die ihre gewaltige Wirkung zeugt; die eigentümliche geistige Einstellung, die, den Denkgewohnheiten des praktischen Lebens und der Naturwissenschaften fremd, für sie verlangt wird, macht, neben den bekannten Schwierigkeiten, die Kants Ringen um den Ausdruck der für seine Zeit neuen Gedanken hervorruft, zugleich verständlich, daß diese Deutung sich so schwer durchzusetzen vermocht hat.

Bruno Bauchs Werke über Immanuel Kant, sowohl das größere (Verlag von Götschen, Berlin und Leipzig, 1917, 475 S.) als das (in 2. verbeff. Auflage vorliegende) Büchlein der Sammlung Götschen, werden solche kritische Auffassung befestigen. Was schon dieses auf Grund seiner musterhaften Erläuterung der viel mißverstandenen kritischen Grundbegriffe, so besonders des Apriori und des Transzendentalen, geleistet hat, ist in dem erstgenannten in breiterer, dadurch aber nur noch eindringlicherer Auseinandersetzung geboten: eine Darstellung des Kantischen Kritizismus als einer großartigen, von der Kritik der reinen Vernunft zur Kritik der Urteilskraft sich folgerichtig erweiternden und vertiefenden Grundlegung der Transzendentalphilosophie. Entscheidend für das Gelingen solcher Aufgabe ist einerseits die Bewältigung der terminologisch und sachlich schwierigen Begriffe, die Material und Werkzeug des Kantischen Gebäudes bilden, andererseits die klare Einsicht in den Bauplan des Ganzen. Beide Anforderungen erfüllt Bauch in rühmlicher Weise. Das erstere hat er durch nach-

drückliche Abwehr psychologischer und metaphysischer Ausdeutungen der von Kant aufgesuchten „Bedingungen a priori“ und durch eindrucksvolle positive Gestaltung und Bezeichnung des Sinnes seiner Kunstausdrücke aufs glücklichste erreicht; als Beispiele seien außer den oben erwähnten nur die lichtvollen Erklärungen der Begriffe der transzendentalen Idealität und der reinen Synthesis herausgegriffen. Die Erfassung der Idee des Ganzen aber wird dadurch gewährleistet, daß Verfasser in der Kritik der Urteilskraft von vornherein den Schlüsselstein des Kantischen Systems erblickt. Keineswegs aber stellt Bauch Kants Lehre von Anfang an vom Gesichtspunkt der höchsten Gipfel der Kritik der Urteilskraft dar, sondern er behält diese nur im Auge und verfolgt den von Kant selbst eingeschlagenen Weg, auf dem nach der mühsamen Durchschreitung der Kritik der reinen Vernunft und der gar nicht so einfachen Ethik gerade in der Kritik der Urteilskraft neben den bekannteren ästhetischen Fragen die großen Probleme der Besonderung der Naturgesetze, des Organismus und der Teleologie berührt werden, während erst von der letzteren aus zum Schluß ein Pfad zu jenen Höhen führt, die in Weltenweiten ahnungsvoll blicken lassen. Und diese Kanttreue ist nur zu loben; denn wenn Windelband treffend sagt: „Kant verstehen, heißt über ihn hinausgehen“, so ist dies Hinausgehen für den Historiker, der den Leser zugleich zu eigenem Studium der Werke Kants befähigen will, ein anderes wie für den, der selbständig kritisch zu forschen unternimmt. Demgemäß hat Bauch als Historiker lediglich Kants kritische Gedankengänge klar herauszuarbeiten sich bestrebt, dogmatische Reste vorsichtig beiseite schiebend und Unausgeglichenheiten ebend; einzig Kants mehrdeutigen, dogmatische Auffassungen herausfordernden Begriff des Dinges an sich hat er in beiden Büchern in eigener Weise entwickelt, indem er ihn als Einheitsgrund der besondern Erscheinung transzendentalphilosophisch zu begründen und in der Kritik der Urteilskraft zu verankern suchte.

So steht Bauchs Werk, das in der einleitenden Entwicklungsgeschichte der kantischen Philosophie scharfsinnig die Keime der kritischen Lehre aufdeckt und die erstaunlichen Leistungen des Naturforschers Kant mit besonderer Liebe behandelt, durch wissenschaftliche Gründlichkeit und Klarheit auf der Höhe der heutigen Kantforschung. Bei solcher Leistung erscheint es nebenächlich, daß ihr das künstlerische und Weltmännische etwa der Darstellungsweise Runo Fischers, die Geschmeidigkeit und der Schwung derjenigen Windelbands abgeht.

Wäre dieses Moment maßgebend, so würde das flüssig und leicht verständlich geschriebene, mit einer schönen Würdigung der Persönlichkeit Kants abschließende Büchlein Kälzes („Aus Natur und Geisteswelt“, 4. Auflage, herausgegeben von Messer. Verlag von Teubner, Leipzig u. Berlin) den Vorzug verdienen. Doch leider werden schon wichtige Grundlagen der Lehre Kants durch die Linse des Psychologen unzulänglich oder verkehrt wiedergegeben. Aber auch die Art, in der fortlaufend an den einzelnen Lehrstücken der Philosophie Kants von einem dieser fremden Standpunkte aus Kritik geübt wird, macht es unmöglich, daß der Leser von dem „größten Werke, das vielleicht je die philosophierende Vernunft einem einzelnen Manne zu danken gehabt hat“ (W. v. Humboldt), einen zutreffenden Begriff gewinne.

Dr. Heinrich Levy

Paul Vensh, „Drei Jahre Weltrevolution“. S. Fischer, Berlin 1917. 221 S. Geh. 3,50 M.

Über den „Sinn“ des Krieges werden die Zeitgenossen das letzte Wort nicht sprechen, doch ist ihr Streben nach ideeller Klarheit über das gewaltige Ereignis begreiflich. Früh schon hat man dementsprechend bei uns und im neutralen Auslande die „Ideen von 1914“ denen von 1789 gegenübergestellt, und zu seinem jüngsten Regierungsjubiläum sprach der Kaiser von dem Kampfe zweier Weltanschauungen, hier der preußisch-deutsch-germanischen mit ihren Zielen: Recht, Freiheit, Ehre und Sitte, dort der angelsächsischen mit ihrem Götzendienste des Geldes und dem Sklaventum der Völker im Dienste der angelsächsischen Herrenrasse.

Die Worte des Monarchen erinnern an die bekannte Formel Gändler contra Gelden, die Werner Sombart zum Titel seiner „patriotischen Besinnungen“ gewählt hat. Gegen das feierliche Ethos dieser Betrachtungsweise gehalten, mutet die Prophezeiung nüchtern an, daß man dereinst vielleicht diesen Krieg als eine „unvermeidliche naturnotwendige Krise“ begreifen werde, in der sich „das durch die Veränderung der Weltverhältnisse gestörte Gleichgewicht unter den Mächten der Erde nach heftigen Schwankungen wiederherzustellen sucht“ (Otto Hünze) oder als „die wirtschaftliche und soziale Revolution“, wie Walthar Rathenau mit nicht mehr zu überbietender Kürze es jüngst ausdrückte. Und doch wird man über der kulturpolitischen Seite der Sache die „sehr realen Lebensinteressen der Völker und Staaten“ nicht vergessen dürfen; die Gefahr einer Materialisierung des Problems ist dabei nicht so groß wie es zunächst den Anschein hat. Paul Lenßch beweist die Richtigkeit dieser Behauptung.

Lenßch, ehemals als Chefredakteur der „Leipziger Volkszeitung“ der radikalsten einer, heute als Mitarbeiter der „Glocke“ eine Hoffnung aller derer, die mit Sorge und Spannung die Wandlung der Sozialdemokratie zur Staatsbejahung verfolgen. Sein Bekenntnisbuch über den Sinn des Krieges und die Rolle des Deutschen Staates ein Trost und um so stärkerer Halt, seitdem der offizielle Führer der Partei es für richtig gehalten hat, zur alten, übrigens auch im Kriege unter Bethmann schon befolgten Devise: „Diesem Staate keinen Groschen“ zurückzukehren und so die von Marx mit Recht gezeigte Parteifrankheit des parlamentarischen „Kretinismus“ wieder aufleben zu lassen. Auch Lenßch ist Marxist. Schon der Titel seines neuen Buches verrät es, — der Krieg erscheint ihm im Bilde einer Revolution, der „größten, die es seit der Völkerwanderung und den Sonnenstürmen gegeben hat“, — und im Mittelpunkte seiner Anschauung dieses elementarsten Ereignisses steht einer der berühmten Sätze „ökonomischer Geschichtsauffassung“: vom Widerstreit der gesellschaftlichen Produktivkräfte mit den vorhandenen Produktionsverhältnissen oder juristisch gesprochen Eigentumsverhältnissen. Aber er geht über Marx hinaus durch die Erkenntnis, daß jener Konflikt „sich keineswegs bloß innerhalb der einzelnen Völker vollzog, sondern auch zwischen den Völkern selber“. Die dank reiferer kapitalistischer Organisation gewaltig gesteigerten Produktivkräfte des deutschen Volkes sahen ihre Wege verperrt angesichts der planetarischen Produktionsverhältnisse, die mit einer Umwandlung der Erdoberfläche in englisches, französisches oder russisches „Eigentum“ verzweifelte Ähnlichkeit besaßen. Nicht erkannt zu haben, daß jenem von Marx gezeigten Konflikte im internationalen Rahmen eine „ganz neue“ Bedeutung zukam, daß hier der deutsche Kapitalismus der „Träger einer höheren Form der Produktionsweise“ darstellte im Gegensatz zu den „reaktionären“ Interessen bei unseren Feinden, ist — nach Lenßch — das Verhängnis der deutschen Sozialdemokratie gewesen. Daß darin auch ein Vanterott marxistischer Gedanken lag, wird bei Lenßch mehr zwischen den Zeilen deutlich, der schwedische Genosse und akademische Politiker Steffen hat es rückhaltlos zugegeben. (Demokratie und Weltkrieg, Diederichs 1916).

An dieser Stelle bewahrheiten sich die von Lenßch als Motto vorangestellten Hegelschen Worte: Wer die Welt vernünftig ansieht, den sieht sie auch vernünftig an. Weil die Marxisten der alten Schule die weltwirtschaftlichen Verflechtungen geflissentlich ignorierten, standen sie bei Beginn des Krieges vor einem Rätsel und suchten sich mangels zureichender Begriffe mit leeren Worten wie „Unsinn der Weltgeschichte“ oder „Welt als Irrenhaus“ behelfen.

Lenßch stellt zwei auch sonst unterschiedene Stufen kapitalistischer Produktionsweise antithetisch gegenüber: auf der einen Seite die Periode des „anarchischen“, unorganisierten Kapitalismus, mit dem Kennzeichen des individualistisch arbeitenden Einzelunternehmers, andererseits die Periode des organisierten Kapitalismus, dessen Merkmal die Konzentration von Industrie-, Handels- und Bankkapital und die damit zusammenhängende Erscheinung der Syndikate und Kartelle darstellt, in denen an Stelle individualistischer Anarchie ein oft nur zu fühlbarer, sozialistischer

Zwangswille trat. In der wirtschaftlichen Praxis entsprechen diesen beiden theoretischen Entwicklungsstufen des Kapitals: die Ara des Freihandels mit dem Grundsatz des „freien Spiels der Kräfte“ und die des Schutzzolls, mit dessen Hilfe erst jene angedeuteten Zusammenschlüsse in Form des sogenannten „Finanzkapitals“ und die Bildung von Kartellen in ihrer „geschichtlichen Bedeutung“ sich vollziehen konnte. Als Heimatländer dieser Wirtschaftsformen stellt Lensch das England bis zum Weltkriege und das Deutschland seit der Rückkehr zum Schutzzoll (1879) einander gegenüber.

Die höhere Form der zweiten kapitalistischen Entwicklungsstufe liegt nun nach Lensch weniger in dem, was sie bisher schon darstellt, als was sie künftig darstellen soll. Denn in der monopolistischen Oligarchenherrschaft der Kartelle mit ihrer rücksichtslosen Vergewaltigung des Kleinkapitalisten und Außenstehenden, mit ihren Sonderprofilen der Unternehmer auf Kosten der Allgemeinheit kann er unmöglich einen Fortschritt an sich erblicken. Soviele Vorzüge man auch für diese Wirtschaftsform ins Treffen führen kann, deren Entstehung an sich ja nichts Unnormales darstellt, die Schattenseiten, um deren Willen auch das neue Aktionsprogramm des Zentrums gegen die monopolistischen Syndikate Front macht, sind doch so deutlich erkennbar, daß schon noch etwas anderes hinzukommen muß, um die Institution dem Sozialisten schmachhaft zu machen. Und dieses andere ist die Tatsache, daß jene „unter dem Finanzkapital herangereifte Organisation der Arbeit . . . vollkommen in der Linie des geschichtlichen Fortschritts zum Sozialismus hin“ gelegen ist, daß sie „die bewußte Bergesellschaftung aller in der heutigen Gesellschaft vorhandenen wirtschaftlichen Kräfte“ bedeutet. Noch verblieb zwar die „Herrschaft über die gesellschaftliche Arbeit in den Händen einer Oligarchie“, der „Dreihundert Männer“ Rathenaus. Um so mehr gilt es, „die gesellschaftliche Kontrolle über die nationale Arbeit, die hier erreicht war, von ihrer widerspruchsvollen Hülle zu befreien“, was nur „durch Eroberung der Staatsgewalt“ möglich sei. W. a. W.: eine nochmalige Entpuppung ist erforderlich, eine dritte Stufe des Kapitalismus gilt es zu erreichen, auf der die bereits durchgeführte Organisierung statt ihres noch unvollkommenen plutokratischen Charakters zu möglichster sozialer Vollkommenheit gesteigert erscheint. Die Lösung des Problems liegt wie gesagt in dem Machtverhältnis der sozialen Klassen im Staate. Hier aber wittert Lensch Morgenluft für die Ziele seiner Partei. Denn — und damit gelangen wir zu einer politischen Erscheinung von höchster Wichtigkeit — dieser Sozialist beurteilt den preukisch-deutschen Staat, dessen „obrigkeitliche“ Schwächen er nicht entschuldigt, trotzdem keineswegs nach den Maßstäben der landläufigen liberalen Parteischablone. Ist doch der Individualismus der liberal-konstitutionellen Doktrin, des Manchesterturns, des anarchischen Kapitalismus der Todfeind des Sozialismus auf dem Gebiete der Verfassung und Verwaltung ebenso wie auf dem wirtschaftlichen, wenn man die Dinge konsequent zu Ende denkt. Es besteht, was bisher wenig bemerkt wurde, ein fundamentaler Gegensatz zwischen unseren Fortschrittlern und bestimmten, geistig besonders hochstehenden sozialistischen Kreisen in der Frage des „Obrigkeitsstaates“ und der parlamentarischen Regierungsweise. Auch bei Lensch finden wir eine unzweideutige Ablehnung der „Ideen von 1789“, der einer „individualistischen Weltanschauung“ entstammenden liberalen Dogmen von Freiheit und Bürgerrechten, Konstitution und Parlamentarismus. Ihr habt einen anderen Geist als wir Sozialisten, so klingt es zwischen den Zeilen, und in betontem Abstände von dem Nörgelgeiste der Hugo Preuß und Genossen über ihr reaktionäres Vaterland wird festgestellt, daß in diesem „reaktionären Deutschland die arbeitenden Klassen eine viel solidere Machtstellung im sozialen Leben sich haben erobert können, als in England oder gar in Frankreich“. Wie weit die Sozialisierung unseres Wirtschaftslebens nach dem Kriege gehen wird, ob der Staatssozialismus in irgendeiner Form die Wirtschaftsverfassung der Zukunft ist, wie Lensch zuversichtlich behauptet, bleibe dahingestellt. Seinen vor Jahresfrist niedergeschriebenen Satz, daß die Erkenntnis obiger Wahrheit „mit jedem Monat, den der Krieg länger dauert, tiefer in das Bewußtsein der weitesten Volkskreise gedrungen sei“,

wird man heute mit einem Fragezeichen versehen müssen, wo einem aus den „weitesten Volkskreisen“ die Klagen und Abfragen gegenüber dem herrschenden Wirtschaftssystem ins Ohr tönen.

Wichtiger als die Zukunftsfrage, ob der Prozeß der Sozialisierung in den von Lensch geforderten Bahnen verläuft, ob jene dritte Stufe der kapitalistischen Produktionsweise mit einer völligen Vergesellschaftung der Produktionsmittel im Marxschen Sinne endet, ist für uns heute Lebende das Bekenntnis dieses Sozialisten, daß sich seine Partei und der Staat innerlich nahegetreten sind, daß eine starke Staatsgewalt im antiliberalen Sinne notwendig sei und „Deutschland das Vollwerk der Freiheit“ gegen die russisch-englische Doppelsklaverei darstelle. Wohl vergißt Lensch nicht zu betonen, daß auch bei uns noch manches anders werden muß, aber, wenn auch er die „endgültige Überwindung des Obrigkeitsstaates“, die Übereinstimmung von Staat und Volk fordert, so ist das trotz des Gleichklanges der Worte himmelweit verschieden von dem Programm des Linksliberalismus. Denn — so hatte der Verfasser schon früher geschrieben — „das Freiheitsideal des Sozialismus ist ein im Wesen anderes als das des Individualismus“, wie es unzweifelhaft immer noch von englischen Maßstäben abhängige liberale Bourgeoisie vertritt. Wie Lensch auf wirtschaftlichem Gebiete eine immer stärkere Kontrolle der Gesellschaft über die nationale Arbeit forderte, so ist ihm auch in der konstitutionellen Frage — neben dem Ausbau der Selbstverwaltung — die Kontrollfunktion des Parlaments gegenüber der Beamtenregierung (nicht das Selber-Regieren-Wollen) die Hauptsache. Nicht die rückständige individualistische Staatsverfassung der „demokratischen“ Westmächte — so heißt es am Schluß — kann das Ideal sein, dem Deutschland, dieser wirtschaftlich entwickeltste Staat der Welt, nachzustreben hat. „Die politischen Neubildungen, die bei uns nötig sind, müssen aus den geschichtlich gewordenen Verhältnissen selber sich ergeben, und können nicht durch Nachpinselung englischer oder französischer Schablonen ersetzt werden.“ „Die falsche Fassade der preussischen Autokratie“ (der Ausdruck ist unglücklich gewählt!) verdecke den „starken demokratischen Bau, der für Deutschlands inneres Leben kennzeichnend ist“. Durch Einführung des gleichen Wahlrechtes werde diese Fassade fallen, und „alle Welt erkennen, wie stark die demokratischen Grundlagen des öffentlichen Lebens auch in Preußen, und erst recht in Preußen, sind.“ Gehört das gleiche Wahlrecht zur Fassade, so wird auch Lensch zugeben, daß dieser Frage nur akzidentielle Bedeutung zukommt. Auch für uns ist also entscheidend sein Abweichen von dem, den Linksliberalismus blendenden westeuropäischen Wesen, wo auch der Widerspruch zwischen Fassade und Kern eine Rolle spielt, nur im umgekehrten Sinne wie in Deutschland.

So gelangte denn die „ökonomische Geschichtsauffassung“ am Ende zu Resultaten, die sich nicht so sehr von den im Eingange zitierten kaiserlichen Worten unterscheiden, wie man zunächst glauben mußte. Der „Götzendienst des Geldes“, von dem der Monarch spricht, ist nur eine Erscheinungsform des anarchischen, individualistischen Kapitalismus, wie er in England bis zum Kriege herrschte, und indem Deutschland durch Herstellung des politischen Gleichgewichts die Produktivkräfte mit den Eigentumsverhältnissen in Ordnung bringt, beseitigt es jenes „Sklaventum der Völker im Dienste der angelsächsischen Herrenrasse“ und bereitet einem planetarischen „Sozialismus“ die Wege.

Es sollte hier nur das nach unserer Auffassung in den Mittelpunkt zu stellende Problem der Schrift herausgehoben werden, die „Drei Jahre Weltrevolution“ geben im übrigen dem Verfasser noch manchen Anlaß zu klugen und feinen Bemerkungen nicht nur über den deutsch-englischen Gegensatz, sondern auch über Frankreich und Rußland. Seine Bemerkung, wenn Deutschland in diesem Kriege nicht besiegt werde, habe es gesiegt, antezipiert die jüngste Äußerung Balfours. Doch der Leser halte selbst die lohnende Zwiesprache mit dem Buche, das bei unseren Feinden bereits gebührende Aufmerksamkeit findet.<sup>1)</sup> Dr. H. O. Meisner

<sup>1)</sup> Vgl. die Selbstanzeige von Lensch im „Roten Tag“ vom 25. Juli 1918.

**Dr. Hermann Meyer:** „Frankreichs Kampf um die Macht der Welt“  
Tübingen. Verlag von J. C. B. Mohr (Paul Siebeck). 1918. 73 S. Preis  
2 Mark.

„Wer selbst im Glashause sitzt, soll andere nicht mit Steinen werfen“. Wiederholt ist aus den Reihen unserer Feinde gegen Deutschland der Vorwurf erklingen, Deutschland strebe nach der Weltherrschaft. Da war es wirklich an der Zeit, daß die deutsche Publizistik einmal den Spieß umdrehte. Verfasser hat dies zunächst einmal gegenüber Frankreich getan und den Nachweis unternommen, daß, was immer man auch unter Weltherrschaft verstehen mag, Frankreich wiederholt nach ihr gestrebt und sie auch wiederholt ausgeübt hat. Der wirkliche Inhalt der Weltherrschaft ist dabei allerdings sehr schwankend. Man kann darunter einmal die wirkliche Beherrschung der Welt, wenigstens der bekannten Kulturwelt, eine politische Oberherrlichkeit über alle Staaten, andererseits aber bloß die führende politische Stellung unter den Staaten Europas verstehen. Mit dem römisch-deutschen Kaisertum des Mittelalters war nun allerdings der Anspruch auf die Universalmonarchie verbunden, aber es war seit dem Untergange der Hohenstaufen zum wesenlosen Schatten herabgesunken. Demgegenüber erhob sich auf nationaler Grundlage die französische Monarchie mit dem Anspruche, in sich die wahre Nachfolge des fränkischen Königtums Karls des Großen zu verkörpern. Frankreich betonte damit nicht nur seine Unabhängigkeit von der kaiserlichen Universalmonarchie, sondern nahm selbst eine solche für sich in Anspruch. Und das blieb nicht graue Theorie, sondern die französische Politik suchte die Ansprüche der karolingischen Monarchie in Deutschland und namentlich in Italien zu verwirklichen. Selbst an Versuchen, das Kaisertum als Anhang des karolingischen Königtums für das Westfrankenreich zurückzugewinnen, hat es von den Zeiten Franz des Ersten bis zu denen Ludwigs des Vierzehnten nicht gefehlt. Die Ziele dieser französischen Weltmachstellung bedeuteten doch aber immerhin nur den Anspruch auf eine vorherrschende Stellung in Europa. Eine wirkliche europäische Weltherrschaft, die sich über alle nationalen Grenzen erhob, hat erst Napoleon der Erste zielbewußt erstrebt und zeitweise verwirklicht. Demgegenüber zog sich Napoleon der Dritte wieder auf das Ziel der bourbonischen Politik zurück, la prépondérance légitime de la France. Und gerade, daß diese durch die Schlacht bei Königgrätz für Frankreich verloren ging, war es, was die nationale Eitelkeit der Franzosen nicht verwinden konnte. Der Revanchegedanke geht nicht auf 1871, sondern auf 1866 zurück. Frankreich war es, das seit Jahrhunderten nach der Weltherrschaft in der einen oder der anderen Gestalt gestrebt hat, und auch der Weltkrieg sollte den Franzosen nicht nur Elsaß-Lothringen, sondern vor allem ihre verlorene Weltgeltung wiederbringen. Es ist ein besonderes Verdienst des Verfassers, nachgewiesen zu haben, wie dieses Streben nach der Weltherrschaft seit Jahrhunderten die französische Politik durchzieht und auch das französische Kriegsziel des Weltkrieges ist. Nun fehlt uns noch eine ähnliche Schrift für England. Denn nicht den Deutschen ist das Streben nach Weltherrschaft eigen, sondern den Engländern und Franzosen.

Professor Dr. Conrad Bornhak

**Dr. theol. Franz Messert** „Das zarische Rußland und die katholische Kirche“  
(München-Gladbach 1918; Volksvereins-Verlag 3,60 M.).

Der sterbende Papst Pius X. faßte die kirchengeschichtliche Bedeutung des Weltkrieges in die Worte zusammen: Si vince la Russia, vince lo Schisma. Er hätte sagen können und erhoffte vermutlich, was der Verfasser erhofft: Wenn Rußland besiegt wird, siegt „Rom“, die römisch-katholische Kirche, über „Moskau“, die griechisch-orthodoxe; wenn das russische „Anti-Rom“ zusammenbricht, öffnet sich für „Rom“ das Tor nach dem Osten, dem Südosten und dem Orient und eröffnet sich ihm die Aussicht, daß der größte Teil der Schismatiker sich „für den Kulturananschluß nach Westen und den Kirchenanschluß an Rom“ entscheidet. Dr. Messert, der mit Bienenfleiß und ausgebreiteter Belesenheit alles zusammenträgt, was das zarische Rußland, der Tschin und die russische Staatskirche in Abwehr der Bestrebungen Roms, die Ostslawen für „das römische Dogma unter Beibehaltung des slawischen Ritus,“ das heißt für die Union, zu gewinnen, an seinen

römischen Katholiken, vor allem aber an den bereits Vierten an Gewalttaten verbrochen hat, nennt sein Buch eine apologetische Studie, eine Verteidigungsschrift; in Wirklichkeit ist es eine Anklageschrift. Im ersten Kapitel behandelt er das „dritte Rom“ und sein byzantinisches Erbe, die Entwicklung des Cäsaropapismus, die vollständige Unterordnung der Kirche unter die Staatsgewalt, die Verquickung von Nationalität und Orthodoxie, die dem Moskal so sehr eins sind, daß er „nur den als Volksgenossen zu achten vermag, der zugleich ein Rechtgläubiger ist“ (Ein Zar, ein Volk, ein Glaube), den unveröhnlichen und unauslöschlichen Haß der russischen gegen die römische Kirche, das Lateinertum, das Abendland und seine Kultur, und endlich ihren Ritualismus und geistestötenden Formalismus, mit dem sie trotzdem das „gealterte, entartete, gottlose Europa“ zu verjüngen gedenkt. Im zweiten bietet er eine gute Übersicht über die Geschichte der Union der Kleinrussen mit Rom und begründet überzeugend die Verurteilung der polnischen Seite andauernd „trotz aller päpstlichen Mahnungen gegenüber den Vierten betätigten Unbulbsamkeit“, die ja eine der Ursachen des Untergangs Mtpolens gewesen ist. Im dritten, dem umfangreichsten Kapitel, erzählt er uns mit dankenswerter Gründlichkeit den Kampf sämtlicher Zaren Rußlands, von Peter dem Großen an bis zum Sturz Nikolaus II., gegen die katholische Kirche und macht uns mit den Mitteln, mit der Hinterhältigkeit, Unwahrhaftigkeit und Brutalität, mit denen das Ziel der Vernichtung des römischen Katholizismus innerhalb der Grenzen des Niesenreiches erstrebt wurde, bekannt; das meiste wird den meisten Lesern, da wir unseren Blick bisher zumeist auf den angeblich kulturell so unendlich hochstehenden Westen gerichtet hatten, neu sein. Der Schlußabschnitt, erheblich kürzer, kritisiert Rußlands romfeindliche äußere Politik, seine sogenannte „historische Mission“, Konstantinopel zu erobern, die Balkanchristen zu „befreien“, „alle slawischen Vöcher in das große (groß-) russische Meer“ hineinzuleiten, Osterreich-Ungarn zu zerkümmern, im nahen Orient festen Fuß zu fassen, dort das Protektorat über die Orthodoxen auszuüben, mit der ihm eigenen Zähigkeit durch zielbewußte Propaganda in Kirche und Schule die dortigen Massen in den Bannkreis der großrussischen Kultur zu ziehen und auch dort den Einfluß der römischen Kirche zu brechen. — Wie oben angedeutet, das Buch Messeris enthält viel Neues, dem deutschen Leser Unbekanntes; es behandelt außerdem ein Thema von weltgeschichtlicher Bedeutung. Wird es Rom gelingen, die Bewohner der Länder, die einst zu Mtpolen gehörten, in den Schoß der alleinseligmachenden Kirche zurückzuführen, desgleichen die Nationalkirchen der Rumänen, Bulgaren, Ukrainer usw. zum Anschluß an die Union zu bewegen? Die Aussichten sind ihm nach dem Sturz seines erbittertsten Gegners günstig. Wer über diese Dinge orientiert sein will, für den kommt die vorliegende Schrift im richtigen Augenblick; er wird sie mit reichem Ertrag lesen.

Professor Kranz

**Staatsanschauungen.** Quellenstücke, zusammengestellt von Paul Nühlmann. Teubner 1918, geh. 2.— M.

Drei Einzelhefte der bekannten „Quellensammlung für den geschichtlichen Unterricht“ von Lambed und Nühlmann sind hier zu einem schmalen Bändchen vereinigt, das uns die „Geschichte des Staatsgedankens von der Antike bis zur Gegenwart“ gleichsam in gedanklichen Originalbildern vor Augen führen soll. Staatsgedanke, Staatsanschauung; darunter versteht Nühlmann nicht bloß die historisch-politische oder juristische oder philosophische Formulierung des Begriffs: Staat, sondern auch die Gedanken und Anschauungen über die Staats- und Regierungsformen, das Verhältnis von Staat und Nation, die äußeren Beziehungen der Staaten, verdeutlicht an Kernstellen der einschlägigen Literatur, also mit einem Worte: einen Quellenabriss zur Geschichte der politischen Theorien. Bei der Disponierung seines Stoffes hat der Verfasser das persönliche Prinzip gewählt, obwohl er eine gewisse Gruppierung der Autoren nach inhaltlichen Rücksichten nicht ungehen konnte.

Gegen die Art und Weise, wie das geschieht, ist auch für das erste Heft nichts Erhebliches zu sagen. Die hier gewählten Abschnitte sind folgende: Zunächst die „Antike“: 1) Die Anfänge staats-theoretischen Denkens (Demokrit, Sokrates,

Thukydides); 2) die Klassiker der antiken Staatstheorien (Platon, Aristoteles); 3) das griechische Erbe im republikanischen Rom (Polybios, Cicero); 4) der Hellenismus. Dann das „Mittelalter“: 1) Patristische Staatsauffassung (Augustin); 2) Scholastische Staatstheorie (Thomas von Aquino); 3) Mittelalterlicher Staatsuniversalismus — besser wäre wohl: Theorie des Universalstaats — (Dante); 4) Säkularisierung der Staatsidee (Marsilius von Padua, Machiavelli). Endlich „Reformation und Gegenreformation“ (Luther, Calvin, Jesuiten).

Sehr wesentliche Einwände aber ergeben sich beim zweiten und dritten Heft, die das 16. bis 18. Jahrhundert, beziehungsweise das 19. Jahrhundert umfassen. Zenes trennt Rühlmann in drei Teile: die Lehre vom Staatsvertrage, die absolutistische Theorie und die Volkssouveränitätslehre. Schon rein äußerlich ist diese Zerlegung eine Unmöglichkeit, denn der erste und dritte Abschnitt lassen sich nicht voneinander scheiden. Oder sind etwa die Milton, Locke, Montesquieu und Rousseau (!) nicht auch typische Vertreter der Vertragstheorie — wie übrigens ebenfalls die Absolutisten Hobbes und Friedrich der Große? Wohl konnte man dem großen holländischen Staatslehrer Grotius einen besondern Platz anweisen, dann mußte aber nicht das Merkmal des Staatsvertrages, sondern das der Staatsouveränität (im Gegensatz zur Fürsten- und Volkssouveränität), wofür Rühlmann selbst die entscheidende Belegstelle anführt, die Rolle der *differentia specifica* spielen. Die vom Verfasser vorgenommene Auswahl unter der Publizistik des 16. bis 18. Jahrhunderts gibt übrigens ein schiefes Bild. Im ganzen Abschnitt erscheint bloß ein deutscher Theoretiker, Friedrich der Große. Wo bleiben die Althus, Pufendorf, Leibniz, um nur die bekanntesten Namen zu nennen?

Noch böser werden die Schwierigkeiten der stofflichen Gliederung im dritten Heft. Hier — also für das 19. Jahrhundert — unterscheidet Rühlmann vier Staatsauffassungen: die liberale, die konservative, die sozialistische und die realistische. Es ist nicht ohne weiteres klar, was unter der letzten zu verstehen ist. Als ihre Vertreter sprechen das Freundespaar Gengz und Adam Müller, Hegel, Ranke sowie in skizzierter Fortführung der Entwicklungslinie von den Lebenden Gierke und Rudolf Kjellén. Die Staatsauffassung des schwedischen Gelehrten ist den Lesern der „Grenzboten“ bekannt. Er sieht in den Staaten vor allem konkrete Gestalten, tatsächliche Realitäten, „Mächte“ im Sinne der äußeren Politik. (Vgl. meinen Aufsatz: Der Staat als Lebensform, 1917, Heft 48.) Diese „realistische“ Auffassung also eint die oben genannten Männer; Rankes oft zitierte „moralische Energien“, Hegels Staat „als die Wirklichkeit des substanzialen Willens“ sind nur andere Worte für das, was Adam Müller „Individuen“ nennt und was sein Freund Gengz mit dem Blicke des praktischen Staatsmannes als Kräftezentren in den „Fragmenten aus der neuesten Geschichte des politischen Gleichgewichts in Europa“ erschaut.

Schon aus dem bisher Gesagten ergibt sich das angekündigte Bedenken. Ist es denn möglich, die realistische Staatsauffassung gleichgeordnet neben die drei parteipolitischen Orientierungen zu stellen? Gehört nicht Ranke in denselben Kreis „konservativer“ Staatsbetrachtung wie Friedrich Julius Stahl und sind nicht ebenso die Gengz und Müller Triarier der Restauration wie Ludwig von Haller? Aber davon abgesehen, hob Rühlmann die „Realisten“ besonders heraus, so durfte er die juristische und soziale Betrachtungsweise des Staates nicht unter den Tisch fallen lassen. Unter seinen Quellen sucht man vergebens nach dem sozialen und juristischen Staatsbegriff, wie ihn die moderne Staatsrechtswissenschaft formuliert hat. Die Definitionen Rankes und selbst Treitschkes sind da kein vullgültiger Ersatz. Gerade aber in dem verwirrenden Musterteppich politisch und philosophisch gefärbter Staatsanschauungen durften die klaren Fäden unserer modernen spezifisch-juristischen Staatslehre nicht fehlen, sonst verliert gerade der Lernende den festen Ausgangspunkt. Den Vorwurf eines Torjos muß man auch in anderer Beziehung gegen die Arbeit des Verfassers erheben. Gerade wenn sie (nach dem Vorwort) „mithelfen soll zu freudigem Bekenntnis zum Staatsgedanken“, mußte das eigentümlich Deutsche des Problems hervorgehoben werden. Das konnte nur durch vergleichende Heranziehung der ausländischen Literatur

geschehen, die im dritten Teile überhaupt nicht zu Worte kommt, also noch stiefmütterlicher behandelt wird, als die deutsche im zweiten. Man verstehe recht: wir plädieren nicht für noch größere Kompliziertheit des Stoffs — wovon noch zu reden ist —, aber ein Hinweis auf die Verschiedenheit des deutschen und des westeuropäischen Staatsgedankens hätte sich, da genug Vorarbeit geleistet ist, ohne hinaufsteigen zu entlegenen Quellen bewerkstelligen lassen. Anschauliche Belehrung ist hier auch für „weitere Kreise“ von größter Wichtigkeit.

Rühlmann hat den einzelnen Originaläußerungen knappe Orientierungen über die Verfasser vorangestellt und in Fußnoten dem Lehrenden ebenso knappe Fingerzeige für die Probleme der Textstellen zu geben versucht. In beiden Fällen ist nicht immer alles in Ordnung, obwohl gern zugegeben werden soll, daß die Noten gute Sachkenntnis verraten. Auf den Beweis unserer Behauptung müssen wir an dieser Stelle verzichten. — Was Textauswahl und -behandlung betrifft, die bisweilen gewiß nicht einfach waren, so hat Rühlmann verwunderlicher Weise mitunter gerade die charakteristischsten Äußerungen seiner Gewährsmänner, zum Beispiel bei Bossuet und Stahl, vorenthalten. Die übersezten Stellen scheinen nicht immer korrekt zu sein, wenigstens ist die berühmte Staatsdefinition des Bodinus fälschlich wiedergegeben.

Zum Schluß noch ein paar Worte über Zweck und allgemeinen Charakter dieser Quellenschrift. Der Verfasser scheint ihren inhaltlichen Wert durch den Hinweis „für unterrichtliche Zwecke“ noch eingeschränkt wissen zu wollen. Uns scheint dagegen das Gebotene weit über das hinauszugehen, was man bei Schülern und Lehrern auf dem wenig gepflegten Gebiete der politischen Theorien billigerweise erwarten kann. Die der Anregung des Unterrichtenden dienenden Fußnoten enthalten förmliche Dokortexten, wie sie — wir wollen niemand zu nahe treten — der Durchschnitt unserer Lehrerschaft unseres Erachtens nicht vor der Klasse verarbeiten kann. Von Beispielen sei im Rahmen einer Buchanzeige abgesehen, aber diese blendend wirkenden „Thesen“ unter dem Strich bewahrheiten den Satz: Leicht gesagt, schwer getan. Jede Achtung vor dem pädagogischen Grundsatz „anzuregen“, das Niveau zu heben usw. — aber, allzu straff gespannt, zerspringt der Bogen!

Die Unverdaulichkeit des hier servierten geistigen Mahles für Lehrer und Schüler muß mit Notwendigkeit zur Halb- und Unbildung und damit zur Entweihung der Wissenschaft führen. An die Stelle wirklich erworbener und durchgeistigter Kenntnisse tritt aus Gründen des non possumus bestenfalls ödes Schlagwortgeklapper. Es ist eine schöne Sache um die ideale Forderung, aber man soll, wo es sich um unsere Primaner handelt, den Maßstab des Universitätsseminars zuhause lassen.

Dr. H. O. Meisner

**Berichtigung:** In seiner Besprechung von Dr. Claudius Bojunga's Schrift „Der deutsche Sprachunterricht auf höheren Schulen“ (Heft 30 der „Grenzboten“ d. J.) wiederholt Professor Budde die Behauptung Bojunga's, daß ein rheinischer Gymnasialdirektor das Lateinische als den „Eingang für Herrschaften“, die Beschäftigung mit dem Deutschen aber als „Hintertür für Dienstboten“ bezeichnet habe. Wir stellen gern fest, daß Bojunga die leicht hingeworfenen Äußerungen des Gymnasialdirektors — es handelt sich um einen im Schützengraben entworfenen Brief, der ursprünglich nicht zur Veröffentlichung bestimmt war — unrichtig ausgelegt hat. Der Verfasser des Feldpostbriefes findet im Gegenteil Worte des tiefsten Verständnisses für Sinn und Bedeutung des Deutschunterrichts (vgl. die Zeitschrift „Das humanistische Gymnasium“ Heft 1/2 Jg. 1917).

Allen Manuskripten ist Porto hinzuzufügen, da andernfalls bei Ablehnung eine Rücksendung nicht verbürgt werden kann.

Nachdruck sämtlicher Aufsätze nur mit ausdrücklicher Erlaubnis des Verlags gestattet.  
Verantwortlich: der Herausgeber Georg Kleinow in Berlin-Nichtersfeld West. — Manuskriptsendungen und Briefe werden erbeten unter der Adresse:

An die Schriftleitung der Grenzboten in Berlin SW 11, Tempelhofer Ufer 35 a.  
Fernsprecher des Herausgebers: Amt Nichtersfeld 498, des Verlags und der Schriftleitung: Amt Hagenow 6510.  
Verlag: Verlag der Grenzboten G. m. b. H. in Berlin SW 11, Tempelhofer Ufer 35 a  
Druck: „Der Reichsbote“ G. m. b. H. in Berlin SW 11, Dessauer Straße 86/87